

Informationspflicht zur Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 DSGVO



1. Verantwortliche (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Stadtverwaltung Pirmasens - Pakt für Pirmasens
Martina Fuhrmann
Marienstraße 6
66955 Pirmasens
Tel.: 06331/14447-44
Mail: pakt@pirmasens.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Stadtverwaltung Pirmasens - Rechnungsprüfungsamt
Bahnhofstraße 50
66953 Pirmasens
Andreas Mühlbauer
Tel.: 06331/14890-30
Mail: datenschutz@pirmasens.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden für die Organisation und Durchführung der Projekte und Angebote des Paktes für Pirmasens verarbeitet.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt in der Regel aufgrund der Erforderlichkeit zur Erfüllung eines Vertrages gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. B DS-GVO. Werden personenbezogene Daten erhoben, ohne dass die Verarbeitung zur Erfüllung des Vertrages erforderlich ist, erfolgt die Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. A i. V. m. Art. 7 DS-GVO.

Die Veröffentlichung personenbezogener Daten (wie z.B. Namen) im Internet (z.B. Social Media) oder in lokalen und überregionalen Medien erfolgt zur Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen (vgl. Art. 6 Abs. 1 lit. F DS-GVO). Das berechnigte Interesse des Verantwortlichen besteht in der Information der Öffentlichkeit durch Berichterstattung des Pakts für Pirmasens. In diesem Rahmen werden personenbezogene Daten einschließlich von Bildern der Teilnehmer/innen zum Beispiel im Rahmen dieser Berichterstattung veröffentlicht.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. E DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Pakts für Pirmasens erhoben und verarbeitet. Ferner werden die jeweiligen personenbezogenen Daten der mit der Durchführung beauftragter Kooperationspartner zur Verfügung gestellt.

5. Dauer der Datenspeicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. A DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden ab Erhebung für die Dauer der Veranstaltung/des Angebots gespeichert. Mit Beendigung der Veranstaltung/der

Kooperation/der Unterstützung werden die personenbezogenen Daten in Bezug auf §30 Abs. 2 GemHVO RLP und der Empfehlung zu Aufbewahrungsfristen für Kommunalverwaltungen (B 4/2006) der KGSt weitere 10 Jahre vorgehalten und dann gelöscht.

6. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. C bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine Voraussetzung nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO), insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

7. Beschwerderecht (Abs. 13 Abs. 1 lit. E DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.